

Analyse

Die öffentliche Meinung in Polen zur europäischen Integration

Jacek Kucharczyk, Warschau

Zusammenfassung

Drei Jahre nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union unterstützt die überwältigende Mehrheit der Polen die Mitgliedschaft in der EU. Zwei Drittel der Gesellschaft sind der Meinung, dass die europäische Integration mehr Vor- als Nachteile bringt, und eine entschiedene Mehrheit der Befragten unterstützt sowohl die Vertiefung der Integration als auch die Erweiterung der EU um neue Mitglieder. Das bedeutet, dass sich die Schere zwischen der polnischen Gesellschaft und der Mehrheit der politischen Klasse vergrößert. Während die polnische Regierung, mit Unterstützung eines Teils der Opposition, sich zum Ziel gesetzt hat, die Prozesse einer tieferen Integration aufzuhalten, teilt die öffentliche Meinung die Ängste, die der aktuellen Politik der polnischen Regierung zugrunde liegen, nicht.

Die gesellschaftliche Unterstützung für die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union wächst seit der zweiten Hälfte des Jahres 2004 und hat gegenwärtig – im dritten Jahr der Mitgliedschaft – fast 90 % erreicht. Seit Beginn systematischer soziologischer Untersuchungen zu diesem Thema im Jahr 1994 hatte es diesen Grad der Zustimmung nicht gegeben. Die Anhänger der Integration dominieren deutlich in allen gesellschaftlich-ökonomischen Gruppen. Wie immer lässt sich die größte Zustimmung für die Integration unter jungen Menschen (25 – 35 Jahre), Einwohnern von Großstädten, der Intelligenz und Studenten sowie Menschen in einer guten materiellen Situation feststellen. Aber auch in den traditionell skeptischen Gruppen, insbesondere bei den Landwirten, ist ein bemerkenswerter Anstieg der Unterstützung für die Europäische Union zu verzeichnen – gegenwärtig sind 80 % der Bauern für die Integration. In der Phase vor dem Beitritt waren sie die einzige gesellschaftliche Gruppe, in der die Gegner der Mitgliedschaft das Übergewicht hatten. Die Einstellung zur Integration wird nicht von den politischen Ansichten vorgegeben: Anhänger der Linken, des Zentrums und der Rechten sprechen sich gleichermaßen für sie aus. Ebenso hat die Religiosität der Befragten nur einen geringen Einfluss auf die Haltung zur EU.

Die wachsende Zustimmung zur Integration Polens in die EU in den letzten zwei Jahren ist deutlich mit einem wachsenden Optimismus hinsichtlich der erwarteten Folgen der Mitgliedschaft für das Land wie auch für die Befragten selbst verbunden. Von 1999 bis 2004, also in der Zeit intensiver Verhandlungen über die Bedingungen der Mitgliedschaft, stellten die Soziologen einen deutlich wachsenden Pessimismus in Bezug auf die Konsequenzen der Integration fest. Im Februar 2004, also unmittelbar nach Beendigung

der Verhandlungen und der Ratifizierung des Beitrittsvertrags, drei Monate vor der Erweiterung der Union, glaubten fast 40 % der Polen, dass die EU-Mitgliedschaft Polen mehr Schaden als Nutzen bringen werde. Viele Menschen hatten Angst um die polnischen landwirtschaftlichen Betriebe, die aufgrund ihrer geringen Größe und Zersplitterung sowie bisher fehlender Investitionen – so die öffentliche Einschätzung – auf dem Markt der EU nicht konkurrenzfähig zu sein schienen. In der gesellschaftlichen Bewertung garantierten darüber hinaus die Konditionen für die Unterstützung der polnischen Bauern durch die EU, die auf einem viel niedrigeren Niveau vereinbart worden waren als mit den Landwirten der EU-15, keine ehrliche Konkurrenz. Ähnliche Befürchtungen hegten die Polen gegenüber dem Schicksal der polnischen Unternehmen. Ein beträchtlicher Teil der Gesellschaft, darunter auch viele Anhänger der EU-Mitgliedschaft, dachte, dass unmittelbar nach dem Beitritt ein Schock eintreten werde, dessen Folgen mit denen der „Schocktherapie“ vergleichbar sein würden, die die erste nichtkommunistische Regierung in den Jahren 1989 – 1990 der Gesellschaft verordnet hatte. Auch wenn sich die sog. Balcerowicz-Reform (Leszek Balcerowicz, 1989–1991 Finanzminister, verantwortlich für die wirtschaftliche Transformation Polens von der sozialistischen Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft, Anm. d. Red.) auf längere Sicht als heilsam für die polnische Wirtschaft erwiesen hat, waren doch ihre gesellschaftlichen Auswirkungen und insbesondere die nirgendwo anders in Europa notierte hohe Arbeitslosigkeit für einen Teil der Gesellschaft sehr schmerzhaft. Dies beeinflusste die Einstellung der Polen zur EU in der Phase der Beitrittsverhandlungen enorm. Der Grad der Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft war unter den Menschen, die gegen-

über der gesamten Transformation kritisch eingestellt waren, eindeutig niedriger als unter den Transformationsbefürwortern.

Die in der Zeit vor dem Beitritt relativ stark verbreiteten Befürchtungen gegenüber der Integration in die EU nutzten die populistisch-radikalen Parteien *Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR)* und *Selbstverteidigung (Samoobrona)* wirksam aus: Sie erzielten ihre größten Wahlerfolge in den Jahren 2001 bis 2004, d.h. in einer Zeit wachsender Ängste und eines ansteigenden gesellschaftlichen Pessimismus hinsichtlich der Folgen der EU-Erweiterung. Trotz der gesellschaftlichen Ängste erlitten die antieuropäischen Parteien jedoch einer Niederlage im Referendum, das zum Beitritt durchgeführt wurde: Bei einer für Polen sehr hohen Wahlbeteiligung von 58 % sprachen sich 77 % für den Beitritt und nur 22 % dagegen aus. Die *LPR* und die *Samoobrona* machten sich dennoch die Phase der guten Konjunktur für Euroskeptiker zu nutze und erreichten in den Parlamentswahlen 2001, den Kommunalwahlen 2002 und in den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 gute Ergebnisse (s. nebenstehende Tab.). In der zweiten Hälfte des Jahres 2004 begann aber die Unterstützung der Gesellschaft für diese Parteien deutlich zu fallen, was mit der wachsenden Befürwortung der Integration einherging. Nach aktuellen Meinungsumfragen hätten beide Parteien bei Parlamentswahlen derzeit große Probleme, die 5 %-Hürde zu überspringen und wieder in den Sejm einzuziehen.

Nach dem Beitritt Polens zur EU im Mai 2004 zerstreuten sich die Ängste der Gesellschaft recht schnell. Das Wirtschaftswachstum beschleunigte sich, die Arbeitslosigkeit ging allmählich zurück, und die polnische Landwirtschaft kam gut auf dem EU-Markt zurecht. Gegenwärtig sind zwei Drittel der Polen der Meinung, dass die Vorteile der EU-Mitgliedschaft die Nachteile überwiegen. Nach Untersuchungen des anerkannten Meinungsforschungsinstituts CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej – Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung) steigt seit zwei Jahren auch die Zahl derer, die überzeugt sind, dass die Integration ihnen persönlich eher Nutzen als Schaden bringt. Gegenteiliger Meinung ist nur jeder 10. Pole, und nur jeder 20. ist nicht in der Lage, irgendeinen durch die EU-Mitgliedschaft bedingten Vorteil zu benennen. Am meisten schätzen die Polen die offenen Grenzen (29 %), die Hilfe für die Landwirtschaft (28 %) sowie die Möglichkeit, eine Arbeit im Ausland aufzunehmen (28 %). Im vergangenen Jahr nahm die Anzahl der Personen zu, die die Investitionshilfen der EU für die Infrastruktur und andere Bereiche würdigten. Weiterhin ist ein positiver Einfluss der

Mitgliedschaft auf die Situation der Wirtschaft festzustellen. 2007 stieg die Zahl derer sprunghaft an (von 29 % auf 56 %), die überzeugt sind, dass die EU den Rückgang der Arbeitslosigkeit beeinflusst. Allerdings dominiert unter den von den Befragten genannten negativen Folgen der Mitgliedschaft das Problem der Abwanderung von Fachkräften und gut Ausgebildeten ins Ausland (6 %). Ein Teil der Untersuchten nennt als negative Konsequenzen die Notwendigkeit, sich den Anforderungen der EU anzupassen sowie die Beschränkung der Souveränität Polens in der EU. Gleichzeitig meinen 68 % der Befragten, dass die EU-Mitgliedschaft Polens Position in Europa verbessert hat. Demnach werden also die Vorteile, die sich aus der Integration ergeben, deutlich stärker wahrgenommen als die Nachteile, und eine eindeutige Mehrheit der Befragten ist nicht in der Lage, negative Folgen der Integration zu benennen.

Die Stimmenabgabe für *Samoobrona* und *LPR*

Partei	Parlamentswahlen 2001	Wahlen zu den Re- gionalparlamenten 2002
SO	10 %	16 %
LPR	8 %	14 %
insg.	18 %	30 %

Partei	Wahlen zum Europäischen Parlament 2004	Parlaments- wahlen 2005	Wahlen zu den Regionalpar- lamenten 2006
SO	11 %	11 %	6 %
LPR	15 %	8 %	5 %
insg.	26 %	19 %	11 %

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], <http://www.pkw.gov.pl>

Der steigende Optimismus, der mit den Folgen der Mitgliedschaft Polens in der EU zusammenhängt, scheint sich unmittelbar auf die starke Befürwortung der Polen sowohl für eine zusätzliche EU-Erweiterung als auch für die Vertiefung der Integration unter den gegenwärtigen Mitgliedsländern zu übertragen. Nach neuesten Untersuchungen des „Eurobarometers“ (Nr. 67 – Untersuchungen von April bis Mai 2007) (von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Meinungsumfragen, Anm. d. Red.), unterstützen 76 % der Polen eine neue EU-Erweiterung, was Polen unter den 27 untersuchten Ländern auf Platz 1 setzt (der Durchschnittswert für die EU-25 betrug 49 %). Die Polen befürworten auch mit 69 % den Verfassungsvertrag der EU (Durchschnittswert für die EU-27: 66 %). Aus früheren Umfragen (Eurobarometer 66

– Untersuchungen von September bis Oktober 2006) geht hervor, dass Polen zu den Ländern gehört, die am stärksten eine gemeinsame EU-Außenpolitik unterstützen (78 % gegenüber dem Durchschnitt der EU-25 von 68 %) sowie eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (84 % gegenüber dem Durchschnitt der EU-25 von 75 %). Auch das Vertrauen in die Institutionen der EU bleibt groß. Aus den Untersuchungen des unabhängigen Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) in Warschau geht hervor, dass die Polen die Tätigkeiten der EU-Institutionen höher bewerten als die der eigenen polnischen Einrichtungen, was sich darin niederschlägt, dass sie eine Vertiefung der Integration befürworten.

Zusammenfassend kann man also feststellen, dass Polen zu den Gesellschaften in Europa gehört, die sich am stärksten integrationsfreundlich aussprechen. Der Missklang zwischen der polnischen öffentlichen Meinung und der Politik der gegenwärtigen Regierung,

die darauf ausgerichtet ist, die Integrationsprozesse zu verlangsamen, ergibt sich vor allem daraus, dass eine glaubwürdige politische Repräsentation der pro-europäischen Wählerschaft fehlt. Die Mitte-Rechts-Partei *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)*, die gegenwärtig das größte gesellschaftliche Vertrauen genießt, hat in vielen Fragen, wie z.B. dem Verfassungsvertrag, eine Einstellung, die sich an die regierende Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* annähert. Die pro-europäische Linke dagegen konnte immer noch nicht das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen, das sie nach einer Reihe von Korruptionsaffären in den Jahren 2003 und 2004 eingebüßt hatte. Dennoch wird die pro-europäische Haltung der Bevölkerung in wachsendem Maße die Haltung der politischen Parteien beeinflussen und mittelbar auch die Politik der Regierung.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor:

Dr. Jacek Kucharczyk, Jahrgang 1962, Soziologe und Politologe, Programmdirektor des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP), eines unabhängigen, überparteilichen NGO-Think Tanks in Warschau. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Einstellung der Gesellschaft gegenüber der europäischen Integration, die Entstehung und Entwicklung des polnischen Parteiensystems, die Rolle der neuen EU-Mitgliedsländer in der Debatte über europäische Themen sowie die Demokratie in den Transformationsländern. Der Autor ist Redakteur und Mitautor verschiedener Bücher, Kommentator polnischer und europäischer Themen in polnischen und ausländischen Medien.

Tabellen und Grafiken

Eurobarometer-Umfragen zur EU

Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

Antworten: sehr positiv + ziemlich positiv

Irland	68 %
Spanien	64 %
Polen	64 %
Slowenien	62 %
Belgien	60 %
Litauen	59 %
Rumänien	59 %
Italien	58 %
Slowakei	58 %
Luxemburg	56 %
Estland	56 %
Malta	55 %
Bulgarien	54 %
Zypern	53 %

Deutschland	52 %
Portugal	52 %
Griechenland	51 %
Frankreich	50 %
Niederlande	46 %
Tschechische Republik	45 %
Dänemark	44 %
Schweden	41 %
Ungarn	41 %
Lettland	36 %
Großbritannien	35 %
Österreich	34 %
Finnland	29 %